

5 Akteursanalyse zum Sommer der Migration

Hegemonieprojekte können entlang ihrer Akteur:innen, Ressourcen, Strategien und soziokulturellen Stellung unterschieden werden. Im Ringen um das »Staatsprojekt Europa« bzw. die europäische Migrationspolitik haben Buckel et al. (2014) fünf Hegemonieprojekte definiert und voneinander abgegrenzt. Ich gehe davon aus, dass diese fünf Hegemonieprojekte auch im Sommer der Migration miteinander gerungen haben. Gewerkschaften sind in erster Linie in zwei davon (dem national-sozialen und dem proeuropäisch-sozialen) als Akteurinnen vertreten. Doch auch die anderen Hegemonieprojekte beschäftigten die Gewerkschaftsbewegungen im und nach dem Sommer der Migration.

Im Rahmen der Akteursanalyse gehe ich zwei Fragen nach. Die erste beschäftigt sich mit der inneren Heterogenität der Gewerkschaft als Akteurin. Ich möchte dabei die Dynamik herausarbeiten, die der Heterogenität der Gewerkschaftsbewegungen zugrunde liegt. Dafür definiere ich Gewerkschaften als intermediäre Organisationen (vgl. Esser 1982) und diskutiere den Zusammenhang zwischen Nationalismus, Rassismus und der Zusammensetzung der Arbeiter:innenklasse. Ich beziehe mich auf das Konzept des »national-sozialen Staates« (Balibar 1993: 151) und der »respectable« und »unrespectable working class« (Virdee 2014). Schlussendlich möchte ich den Rollen der »kleinen« Intellektuellen der Arbeiter:innenklasse nachgehen und dabei beleuchten, wie sie in die Gewerkschaftsapparate hineinwirken, besonders bei der Mediation verschiedener Teile der Arbeiter:innenklasse untereinander.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Machtressourcen der Gewerkschaften selbst und auf deren Verortung in den sozialen Hegemonieprojekten. Ich stelle die migrationspolitischen Strategien der fünf Hegemonieprojekte vor, um anschließend gewerkschaftliche Machtressourcen (vgl. Schmalz/Dörre 2013) und deren Verhältnis zu den Machtressourcen der beiden sozialen Hegemonieprojekte zu diskutieren. Die Machtressourcen der Gewerkschaften bestimmen weitere Spannungsfelder, mit denen sie konfrontiert sind.

5.1 Gewerkschaften als intermediäre Organisationen

Um Gewerkschaften gesellschaftlich näher zu definieren und deren Rolle und Funktionsweise zu begreifen, wird im folgenden Abschnitt auf die hegemonietheoretischen Überlegungen zur Definition, Aufgabe und Verortung von Gewerkschaften im Staat eingegangen, aufbauend auf Josef Essers Definition von *Gewerkschaften als intermediäre Organisationen*. Dafür werden strukturelle Ein- und Ausgrenzungsmechanismen im, nach Esser, »historischen Block« hergeleitet sowie die theoretische Debatte zum Verhältnis von Gewerkschaften zu Staatsapparaten wiedergegeben. Auch wenn Josef Esser Gewerkschaften in der BRD der 1970er Jahre analysierte, gehe ich davon aus, dass seine Prämissen weiterhin relevant sind, um Gewerkschaften theoretisch zu fassen und darin Ein- und Ausschlussmechanismen aufzudecken.

5.1.1 Ein- und Ausgrenzung von Gewerkschaften

Esser bezieht sich bei seiner »Blockkonzeption« auf Gramscis Überlegungen. Auch wenn im weiteren Verlauf dieser Arbeit statt von »historischem Block« von Hegemonieprojekten, politischen Projekten und hegemonialen Projekten gesprochen wird, beschreibe ich im Folgenden die Grundargumentation Essers und verwende dabei – in Bezug auf ihn – den Begriff des »Blocks«. Zwar gehe ich davon aus, dass sich die Konzepte Hegemonieprojekte, politische Projekte und hegemoniale Projekte für meine Analyse besser eignen, die Grundargumentationen Essers machen jedoch deutlich, wie Ein- und Ausgrenzungsmechanismen in Gewerkschaften angelegt sind, und sind damit auch weiterhin gültig.

Josef Esser bezieht sich auf das Blockkonzept Gramscis¹ und geht auf die Implikationen für Subalte und Gewerkschaften ein. Er betont, dass der

¹ Die »Übereinstimmung« von »Struktur« und »Superstruktur« in einer bestimmten Phase kapitalistischer Entwicklung nennt Gramsci »geschichtlichen« oder »historischen Block« (vgl. Opratko 2012: 43). Der »historische Block« stellt daher die dialektische Einheit von Struktur und Superstruktur, von Theorie und Praxis sowie von Intellektuellen und den Massen dar (vgl. Gramsci 1996: H. 4, §14–15, GH: 475). Kräfteverhältnisse in einem historischen Moment sind ein wesentlicher Teil des »historischen Blocks«. Ein Ausdruck der Kräfteverhältnisse und auch des dialektischen Verhältnisses zwischen Struktur und Superstruktur sind unter anderem Parteien und auch Gewerkschaften (vgl. Forgacs 1988: 202).

»historische Block« einerseits erfolgreiche Bündnispolitik darstellt, andererseits aber auch Spaltungstendenzen beinhaltet. Er sieht den großen Gewinn in dem Konzept darin, dass es damit gelingt zu beschreiben wie sich die »Zusammenarbeit zwischen den Klassen und die dazu notwendige politische Herrschaftsform/Vermittlung gegenseitig durchdringen« (Esser 1982: 253).

Verschiedene Dimensionen des Blockkonzepts von Gramsci werden durch Esser zusammengefasst und auf Gewerkschaften zugespitzt: Dabei ist vor allem eine Dimension für diese Arbeit relevant, da sie die Ein- und Ausgrenzung von Teilen der Arbeiter:innenklasse durch Gewerkschaften erklärt:² In der Blockkonzeption, so Esser, sind »Selektions-/Ausgrenzungsprozesse strukturell angelegt« (ebd.: 255). Dabei werden diejenigen privilegiert, deren ökonomisch-korporative Interessen durch politische Organisierung und ideologisch zementiert auf Dauer erfüllt werden. Ausgegrenzt werden diejenigen, deren ökonomisch-korporative Interessen politisch unterdrückt und ideologisch diskriminiert werden. Dabei können diese Ausgrenzungen »quer zu den Klassengrenzen verlaufen« (ebd.: 256).

Zusammenfassend schreibt Esser:

»[...] Kapitalfraktionen und Teile der Klasse der Lohnabhängigen [schließen] über ihre Gewerkschaften (oder Parteien) ein Bündnis auf Grundlage gemeinsamer ökonomischer Interessensdefinition, aber im Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik – was für die beteiligten Lohnabhängigen sowohl freiwillige Unterordnung unter diese Logik als auch Nutzen-/Kostenverteilung zu ihren Ungunsten bedeutet. Die gleichwohl darin ent-

2 Esser zufolge sind die weiteren Dimensionen des Blockkonzepts die folgenden: Erstens der materielle Inhalt des Blocks. Hier handelt es sich um ein ökonomisch-korporatives Bündnis verschiedener Klassen bzw. Klassenfraktionen auf Basis gemeinsamer ökonomischer Interessensdefinitionen. Dabei bleibt die kapitalistische Klassenbspaltung aufrecht und wird keineswegs aufgehoben. Zweitens benötigt es für das Zustandekommen und zur Sicherung eines Bündnisses die »politische Vermittlung [...] im Rahmen staatlich-institutioneller Formen/Mechanismen [...] Es bedarf eines spezifischen Modus politischer Interessensvermittlung.« (Esser 1982: 255). Dabei darf jedoch nicht vernachlässigt werden, dass es sich immer auch um ein Herrschafts- und Gewaltverhältnis zwischen den Herrschenden und den Subalternen handelt. Dieses Herrschafts- und Gewaltverhältnis basiert in letzter Instanz auf politischen Zwangsverhältnissen und gewaltsamer staatlicher Repression (vgl. ebd.: 258ff.). Drittens benötigt das Bündnis zu seiner Stabilität eine »ethische Formierung« bzw. ein System einheitsstiftender Ideologien (vgl. ebd.: 257ff.).

haltenen materiellen Zugeständnisse werden positiver interpretiert als jeder andere Zustand« (ebd.).

Mit dem Bündnis ist eine strukturelle Ausgrenzung der »nicht-kompatiblen sozialen Gruppen/Individuen« (ebd.) verbunden. Diese müssen vom Modus der Interessensvermittlung ferngehalten und kontrolliert werden, und ihre Interessen müssen »ideologisch diskriminiert [eigene Hervorhebung]« (ebd.) werden.

Weiter argumentiert Esser, dass sich in der Krise des Fordismus ein neuer Modus der selektiv-korporatistischen Massenintegration sowie Ausgrenzung entwickelt hat, der durch den »korporatistischen Block« in der BRD repräsentiert ist (ebd.: 257).

Ich gehe davon aus, dass die von Esser genannten Argumente im Rahmen von Hegemonieprojekten für Gewerkschaften bestehen. In Strategiebündnissen unterliegen Gewerkschaften Dynamiken, die sich durch Bündnisse mit Kapitalfraktionen, im Rahmen von Hegemonieprojekten, politischen Projekten und hegemonialen Projekten ergeben. Die Momentaufnahme des »historischen Blocks« mit den Widersprüchen, die sich daraus für Gewerkschaften und die Arbeiter:innenklasse ergeben, bleiben daher bei der Konzeption von hegemonialen und politischen Projekten bestehen.

5.1.2 Gewerkschaften zwischen Etatisierung und Autonomie

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich die Frage, wie Gewerkschaften im Staat verortet werden können. Das Konzept vom integralen Staat impliziert, dass zur Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse nicht nur blanke Gewalt notwendig ist, sondern ebenso die Organisierung von Hegemonie und daher Konsens von Teilen der subalternen Klassen. Nicos Poulantzas bezieht sich mit seiner These auf Gramsci, dass Gewerkschaften (wie auch andere gemeinhin als »privat« konnotierte Institutionen wie Schule und Medien) ideologische Staatsapparate sind. Dabei sind Gewerkschaften nicht per se ideologische Staatsapparate, sondern werden vom Staat zu solchen politisch institutionalisiert, wenn sie zur Herstellung und Sicherung der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation beitragen. In diesem Sinne sind Gewerkschaften, so Poulantzas, Teil des Staatsapparates (vgl. Esser 1982: 238).

Josef Esser formuliert eine pointierte Kritik an Poulantzas' Ansatz der Staatsapparate.³ Esser problematisiert die eindeutige Zuordnung von Gewerkschaften als Staatsapparate »im Sinne von deren ›Verstaatlichung‹« (Esser 1982: 241). Er plädiert hingegen dafür, Gewerkschaften in einer *Pendelbewegung zwischen Autonomie und Etatisierung* zu fassen:

»Auch ›massenintegrative Gewerkschaften‹, [...] sollte man nicht als Teil des Staatsapparates theoretisch konzeptualisieren, sondern als *intermediäre Organisation* zwischen Gesellschaft und Staat; oder noch besser: man sollte von einem auf Basis jeweiliger historischer Bedingungen unterschiedlichen *Hin- und Herpendeln* von Gewerkschaften zwischen gesellschaftlicher Autonomie und Etatisierung ausgehen« (Esser 1982: 244; Hervorhebung i.O.).

Esser plädiert für die Wahrnehmung der Funktion der Massenintegration von Gewerkschaften und deren Einbindung in einen »bestimmten Modus herrschaft/kapitalfunktionaler politischer Interessensvermittlung« (Esser 1982: 245). Für die Massenintegration bedarf es eines spezifischen staatlich zu organisierenden Modus:

»Voraussetzung für eine kapital- und herrschaftskonforme Massenintegration der Lohnabhängigen und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ist ein gesellschaftlicher Klassenkompromiss oder gar ein gesellschaftliches Klassenbündnis zwischen Kapital und Arbeit« (Esser 1982: 245).

5.1.3 Zwischenfazit: Gewerkschaften und soziale Konflikte

Antonio Gramsci verortet Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft (vgl. Becker et al. 2013: 69). Dabei ist das zivilgesellschaftliche Terrain ein Kampfplatz, in dem um Hegemonie gerungen wird. Eine besondere Rolle bei dieser Auseinandersetzung um Hegemonie spielen organische Intellektuelle. Dabei verfügt jede Klasse über ihre eigenen organischen Intellektuellen. Gewerkschaften, wie auch andere Teile der Zivilgesellschaft, sind Orte, an denen gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden (Gramsci 1996: H. 12, § 1, GH:1497; Opratko 2012: 49f.).

3 Josef Esser bezieht sich in seiner Positionierung auf eine Debatte von Joachim Hirsch, der Gewerkschaften, in Anlehnung an Poulantzas, als »massenintegrative Apparate« definiert. Somit stellt Hirsch schon die Vermittlungsfunktion von Gewerkschaften in den Mittelpunkt, an die Esser in der Folge anschließt (vgl. Esser 1982: 238ff.).

Gewerkschaften und damit Teile der Klasse der Lohnabhängigen schließen vor allem in politischen und hegemonialen Projekten Bündnisse mit Kapitalfraktionen. Im Rahmen von hegemonialen Projekten lassen sich Gewerkschaften auf den Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik ein, was bedeutet, dass die Kräfteverhältnisse innerhalb dieser Bündnisse im Endeffekt zuungunsten der Lohnabhängigen sind. Jedoch funktionieren Bündnisse im Rahmen von hegemonialen Projekten nur, wenn auch tatsächliche materielle Zugeständnisse an die Subalternen erfolgen. Die Eingebundenheit von Gewerkschaften in Bündnisse mit Kapitalfraktionen bei politischen oder hegemonialen Projekten beinhaltet zugleich die strukturelle Ausgrenzung der Interessen von »nicht-kompatiblen« Gruppen und Individuen aus dem im Bündnis erreichten Konsens.

Im Staat lassen sich Gewerkschaften einerseits als ideologische Apparate begreifen, die jedoch Ideologie nur insofern produzieren, als diese durch gesellschaftliche Praktiken verarbeitet und verallgemeinert wird. In diesem Sinne müssen institutionalisierte Praktiken von Gewerkschaften auch tatsächliche materielle Interessen durchsetzen. Das Besondere an Gewerkschaften ist, dass sie sich als Apparate nicht eindeutig den Staatsapparaten zuordnen lassen. Daher können sie als in einer *ständigen Pendelbewegung zwischen Autonomie und Etatisierung* (vgl. Esser 1982: 144) gefasst werden. Das impliziert in sich eine Reihe von Widersprüchen, die in dem Apparat Gewerkschaft beständig verhandelt, ausgetragen und bearbeitet werden müssen.

Um das in sich übergreifende und sich bedingende Verhältnis von gewerkschaftlicher Organisierung der Arbeiter:innenklasse, ihre Konstitution sowie den damit zusammenhängenden Nationalismus und Rassismus herauszuarbeiten, werde ich auf historische Arbeiten der kritischen Rassismusforschung eingehen. Das soll weiteren Aufschluss darüber liefern, wie sich die »Ein- und Ausschlussmechanismen« (Esser 1982) im Rahmen von Strategiebündnissen konstituieren.

5.2 Gewerkschaften und Rassismus

Die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung und wie sich diese identifiziert ist eine Geschichte von Kämpfen. Daneben kann sie nicht nur als Geschichte von Kämpfen, sondern auch als Geschichte des umkämpften Verhältnisses von Rassismus und Ausgrenzung interpretiert werden. Eng daran geknüpft ist die Verortung der Arbeiter:innenklasse und -bewegung innerhalb einer Nation.

Rassismus verstehe ich in dieser Arbeit als soziales Verhältnis (vgl. Hund 2016: 535). Manuela Bojadžijev schließt daran treffend an:

»Bei der Bestimmung der Konjunktur des Rassismus geht es nicht um eine Analyse, wie rassistisch eine Gesellschaft ist, sondern um das Herausarbeiten seiner Dynamik und Artikulationen sowie seiner Verankerung in den herrschaftlich strukturierten Verhältnissen, deren Ausdruck er zugleich ist« (Bojadžijev 2008: 25).

Rassismus muss als soziales Verhältnis mit einer Logik von Herrschaft und Macht verstanden werden. Er ist daher eng an spezifische historische politische und ökonomische Verhältnisse geknüpft und intrinsischer Teil der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Somit ist er Teil von Hegemoniepolitik. Gleichzeitig dürfen Rassismus sowie rassistische Artikulationen nicht auf ökonomische Verhältnisse reduziert werden. Daher ist es wichtig, den Zusammenhang zwischen Rassismus und Nationalismus aufzuzeigen. Für diese Arbeit von besonderer Bedeutung sind rassistische Artikulationen und deren Verarbeitung durch Institutionen der Arbeiter:innenklasse – wie Gewerkschaften und Parteien. Besonders in der historischen Arbeit von Satnam Virdee (2014) sind wichtige Erkenntnisse enthalten, die für diese Arbeit relevant sind. Dabei beziehen sich seine Erzählungen auf einen *spezifischen* historischen Moment: auf den Zusammenhang zwischen der Entstehung der Arbeiter:innenklasse und *race* während des britischen Empires. Er argumentiert innerhalb einer spezifischen räumlich-zeitlichen Dimension, die sich nicht einfach auf europäische Verhältnisse im Zuge des Sommers der Migration übertragen lässt. Dennoch möchte ich die folgenden Aspekte und Begriffe aufgreifen und für diese Arbeit verwenden: (1) »respekteable« und »nicht-respekteable« Arbeiter:innenklasse (*respectable und unrespectable working class*) und (2) die Verwobenheit zwischen Nationalismus und Rassismus. Damit hängt die Rolle des Staates zusammen, der innerhalb seines Raumes unterschiedliche materielle Vorzüge für Menschen herstellt. Diese Konzepte sind besonders hilfreich, um Widersprüche innerhalb von Gewerkschaften zu begreifen.

5.2.1 Arbeiter:innenklasse und Rassismus

Unterschiedliche soziale Gruppen empfinden, verstehen und reproduzieren rassistische Artikulationen auf spezifische Arten und Weisen. In diesem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass es spezifische rassistische Artikulatio-

nen der Arbeiter:innenklasse und ihrer Fraktionen gibt. Historisch, so David Roediger, hat »Whiteness⁴ als Kategorie gedient, in die Immigrant:innen mal hineinpassten und mal nicht, und die sich Immigrant:innen in spezifischen Situationen selbst aneigneten oder die sie ablehnten (vgl. Roediger 2007: 78). Rassismus und Klasse müssen daher zusammen gedacht werden, und es muss untersucht werden, wie sie sich gegenseitig konstituieren und bedingen. Die Konstituierung der Arbeiter:innenklasse, das dazugehörige Klassenbewusstsein und Institutionen wie Gewerkschaften oder Arbeiter:innenparteien sind eng an das Verhältnis von Rassismus und Nation geknüpft.

Satnam Virdee argumentiert entlang dieser Linien bei seiner Untersuchung der Entstehung der britischen Arbeiter:innenklasse im Kontext des Empires. Er argumentiert, dass bei ihrer Entstehung *race* in dreifacher Weise konstituierend wirkte: als soziale Struktur, als soziale Identität und Antirassismus als politische Strategie. In diesem Spannungsverhältnis musste sich die britische Arbeiter:innenklasse seit ihrem Bestehen bewegen. Die Integration von Teilen der Arbeiter:innenklasse – der »respectable working class« – in das britische Empire ging immer auch mit dem Ausschluss anderer Teile der Arbeiter:innenklasse – der »unrespectable working class« und »racialized outsiders« – einher.

»The working class too began to embrace a British national identity constructed in opposition to the racialized other, the latter encompassing at various points in our historical timeline, the unrespectable member of the working class, Irish Catholics, Jews, Asians and those of Caribbean and African descent« (Virdee 2014: 2).

Die Führungen der britischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts lehnten den britischen Nationalismus nicht ab, sondern kämpften stattdessen um eine beständige Erweiterung des Konzepts und der imaginierten nationalen Community. Es ging ihnen um die formale Inklusion von Teilen der nicht-respektablen Arbeiter:innenklasse in die britische Nation und damit in die respektablen Arbeiter:innenklasse. Jedoch war dieser Prozess immer begleitet vom Ausschluss anderer Teile – der »racialized others« (ebd.: 55ff.).

Rassismus und rassistische Artikulationen dürfen nicht auf kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse reduziert werden. Wie

4 In der US-amerikanischen Debatte spielen *race* und *Whiteness* eine große Rolle. Ich verwende diese Begriffe nur im Kontext der hier wiedergegebenen Argumente.

im nächsten Abschnitt ausführlicher dargelegt wird, bedeutet ökonomischer Aufschwung und weniger Arbeitslosigkeit nicht automatisch einen Rückgang rassistischer Artikulationen der Arbeiter:innenklasse.

Virdee betont allerdings auch Momente, in denen es Kräften der Arbeiter:innenklasse gelang, antirassistische Kämpfe zu forcieren und in Gewerkschaften oder sozialistischen Parteien zu verankern. Dabei spielen Krisenmomente eine wesentliche Rolle, wie Opratko zusammenfasst:

»[...] it is due to the intervention of organized political forces whether racist divisions within the ›always multi-ethnic and multi-racial‹ working class are actively rejected in common struggles or exacerbated – ›allowing the elites to re-institute their hegemony over socially and politically fragmented subalterns‹ (Opratko 2016: 188).

5.2.2 Rassismus, Nationalismus und der Staat

Nationalismus und Rassismus sind miteinander verwoben. Étienne Balibar führt diesen Zusammenhang aus. Er argumentiert, dass die organische Ideologie der Nation der Nationalismus ist, der auf einer »permanennten Ausgrenzung« (Balibar/Wallerstein 1990: 58) basiert. Die Kohärenz einer Nation wird mit der Schaffung einer fiktiven Ethnizität (*ethnicité fictive*) imaginiert: »Race leistet seinen Beitrag dazu, aus der Nation eine erweiterte Familie zu machen«⁵ (Deleixhe 2014: 40). Alana Lentin spitzt das Argument folgendermaßen zu: »Relationship between racism and nationalism – indispensable for the construction of borders, passports and other institutionalized demarcations of national inclusion« (Lentin 2008: 193).

In diesem Sinne ist der Staat immer auch Teil rassistischer Praxen und Mechanismen, auch wenn Rassismus und Nationalismus nicht aufeinander reduziert werden können. Balibar argumentiert in diesem Sinne:

»[...] dass der Rassismus nicht ein ›Ausdruck‹ des Nationalismus ist, sondern eine *Ergänzung des Nationalismus*, oder besser gesagt, eine *innere Ergänzung des Nationalismus*, die immer über ihn hinausschießt, für seine Konstituierung aber stets unerlässlich ist und zugleich nie ausreicht, um die Bildung der *Nation* oder das Projekt der ›Nationalisierung‹ der Gesellschaft zu realisieren« (Balibar/Wallerstein 1990: 69).

5 Aus dem Französischen frei übersetzt: »La race contribue alors à faire de la nation une famille élargie« (Deleixhe 2014: 40).

Auf den europäischen Kontext bezogen betont Balibar, wie gerade der Fordismus mit seinen ausgiebigen sozialstaatlichen Leistungen seine Staatsbürger:innen als solche auch ansprach und dadurch eine bestimmte nationalstaatliche Subjektivität hervorrief. Der Sozialstaat schaffte es, diejenigen »in das Regime der Staatsbürgerschaft zu re-integrieren, die davor durch den gewalttätigen Prozess der Industrialisierung und Nationenbildung davon ausgeschlossen waren«⁶ (Deleixhe 2014: 35). In diesem Sinne spricht Étienne Balibar vom »national-sozialen Staat« (*l'état national (et) social*) (Balibar 1999: 2). Da auch aktuell der fordistische Wohlfahrtsstaat ein wichtiger Bezugsrahmen für Gewerkschaften ist, sind Balibars theoretische Bestimmungen weiterhin relevant.

Virdee zeigt historisch auf, wie Inklusion und Exklusion untrennbar mit dem Ausbau nationaler Sozialleistungen im British Empire zu sehen sind. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gelang es Teilen der Arbeiter:innenklasse, sich in das Konzept der nationalen Community zu integrieren. Damit einher gingen soziale Reformen und soziale Rechte für die damit respektabel werdende Arbeiter:innenklasse.

»The previously ›unrespectable‹ working class now joined its ›respectable‹ cousin and found itself relentlessly drawn into the ever more complex web of British civil society« (Virdee 2014: 66).

So wurden irische Arbeiter:innen inkludiert, während jüdische Arbeiter:innen ausgeschlossen wurden (vgl. ebd.).

Virdee folgt dieser Erzählung auch im 20. Jahrhundert. Der Fordismus in Großbritannien hat zwar eine enorme Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen, wie den National Health Service, umfangreiche gewerkschaftliche Rechte und Vollbeschäftigung, gebracht, war gleichzeitig jedoch von weitreichenden rassistischen Praktiken und Ausschlussmechanismen begleitet, die auch von den Institutionen der Arbeiter:innenklasse propagiert und mitgetragen wurden. Er argumentiert:

»[T]he golden age of welfare capitalism and the social democratic settlement was also the golden age of white supremacy, of legal racist discrim-

6 »C'est-à-dire en réintégrant dans le régime de la citoyenneté ceux qui en avaient été exclus par le violent mouvement d'étatisation et d'industrialisation de la société« (Deleixhe 2014: 35).

ination, and one in which ›n[...]‑hunting‹ and ›paki-bashing‹ became the unofficial sport of choice for many white workers« (ebd.: 98).

5.2.3 Zwischenfazit: Gewerkschaften und die heterogene Arbeiter:innenschaft

Bei der historischen Aufarbeitung des Verhältnisses von Rassismus, Nationalismus und Klasse wird deutlich, dass die Institutionen der Arbeiter:innenschaft, damit Gewerkschaften und Parteien, eine wichtige Rolle gespielt haben.

Historisch wurde das Beispiel aus Großbritannien angeführt, das zeigt, wie die Entstehung der Arbeiter:innenschaft und ihrer Institutionen gleichzeitig mit ihrer zumindest teilweisen Identifikation mit einer *race* einherging. Virdee stellt den Zusammenhang zwischen der Inklusion von Teilen der Arbeiter:innenschaft im British Empire mit deren Konstituierung als respektable Arbeiter:innenschaft her. Auch wenn ich im weiteren Verlauf dieser Arbeit die Begriffe *race* und *racialization* nicht verwenden werde,⁷ bietet die Analyse des historischen britischen Kontexts Argumente, die für die Gewerkschaften im Zuge des Sommers der Migration als Akteurinnen relevant sind.

Es wurde deutlich, dass Gewerkschaften eine wesentliche Rolle bei der *Mediation* zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiter:innenschaft spielen. Wer als Teil der Arbeiter:innenschaft wahrgenommen wird, wer als respektabel und nicht-respektabel gilt, wird von den Gewerkschaften mitgeprägt. Auf diese Weise vermitteln Gewerkschaften auch in dieser Hinsicht zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiter:innenschaft und dem Staat bzw. der Nation. Historisch haben Gewerkschaften sowie andere Organisationen der Arbeiter:innenschaft wie Parteien beim Ausschluss sowie Einschluss von Teilen der Arbeiter:innenschaft mitgewirkt. Dabei muss betont werden, dass es historisch etliche Beispiele gibt, bei denen Gewerkschaften den Ausschluss aktiv bekämpft haben und internationalistische und antirassistische Positionen eingenommen haben. Das deutet wiederum darauf hin, dass Gewerkschaften keine einheitlichen Akteurinnen, sondern zutiefst heterogen sind.

7 Für eine ausführliche Darstellung der Debatte zur Verwendung der Begriffe »race« und »racialization« im europäischen bzw. deutschsprachigen Kontext siehe: Hund, Wulf (2016): Rassismusanalyse in der Rassenfalle Zwischen »raison nègre« und »racialization«, In: Archiv für Sozialgeschichte Nr. 56, 511–548.

5.3 Zwischenfazit: Dynamiken der internen Heterogenität von Gewerkschaften

Unter Rückgriff auf die hegemonietheoretischen Ausführungen am Anfang dieses Kapitels muss die Analyse der Kräfteverhältnisse in den Blick genommen werden, um zu erklären, weshalb Gewerkschaften in spezifischen historischen Situationen mal antirassistische Positionen einnehmen und mal aktiv zum Ausschluss bestimmter Teile der Arbeiter:innenklasse beitragen. Zusammenfassend können vier Dynamiken identifiziert werden:

- 1) Gewerkschaften fungieren in zweifacher Weise als Vermittlungsorgan. Einerseits vermitteln sie zwischen organisierten Lohnabhängigen und bestimmten Staatsapparaten. Sie fungieren als intermediäre Organisation zwischen den beiden und befinden sich in einer ständigen Pendelbewegung zwischen Autonomie und Etatisierung. In diesem Sinne wurde anhand von Beispielen aus Großbritannien aufgezeigt, dass Gewerkschaften bei der Herstellung der Nation mitgewirkt haben und somit auch Teile der Arbeiter:innenklasse in das Konzept der Nation hineinverhandelt haben. Jedoch zeigen die historischen Beispiele auch auf, dass Gewerkschaften nicht automatisch die Verschränkung von Rassismus und Nationalismus mittragen.
- 2) Andererseits vermitteln Gewerkschaften auch zwischen unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft und somit zwischen unterschiedlichen Teilen der Arbeiter:innenklasse. Das tun sie, indem sie Ideologien produzieren und reproduzieren sowie bei der Konstitution der Arbeiter:innenklasse als solches eine Rolle spielen. Sie bilden die organischen Intellektuellen ihrer Klasse aus. Die organischen Intellektuellen (re)produzieren die Ideologie ihrer Klasse. Diese muss sich jedoch in den Praktiken beständig wiederfinden. Dabei definieren sie mit, wer gesellschaftlich als Teil der Arbeiter:innenklasse empfunden wird und wer nicht.
- 3) Gewerkschaften und deren Politiken sind das Ergebnis von Kämpfen und Kräfteverhältnissen. In ihnen werden gesellschaftliche Konflikte ausgetragen. Dabei werden unter anderem Konflikte darüber ausgetragen, welche Teile der Arbeiter:innenklasse in die Nation passen, ob sich Gewerkschaften in Richtung Autonomie oder Etatisierung bewegen und wie sich Rassismus in der Arbeiter:innenklasse reproduziert. Schlussendlich geht es bei diesen Konflikten um Kämpfe um Hegemonie innerhalb der Organisationen der Arbeiter:innenklasse. Historisch sind diese Kämpfe

unterschiedlich ausgegangen: Es gibt Beispiele für den Ausschluss von Teilen der Arbeiter:innenklasse, aber auch solche für antirassistische und solidarische Haltungen von Gewerkschaften.

- 4) Gewerkschaften gehen in verschiedenen historischen Momenten Bündnisse mit anderen Akteur:innen, auch Kapitalfraktionen, ein. Die Ein gebundenheit in politische und hegemoniale Projekte bedeutet auch die strukturelle Ausgrenzung von »nicht kompatiblen« Gruppen und Individuen. Dabei findet ein Ringen darum statt, wer als respektable und wer als nicht-respektable Arbeiter:innenklasse gilt.

5.4 Hegemonieprojekte und Gewerkschaften

Nachdem ich den theoretischen Blick auf die Organisation Gewerkschaften gerichtet habe, beleuchte ich nun die Hegemonieprojekte, die für Gewerkschaften bei der Auseinandersetzung um Migrationspolitik im Sommer der Migration eine Rolle gespielt haben: Das neoliberal, das konservative und das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt wirkten auf Gewerkschaften ein und beschäftigten sie. Als Protagonist:innen traten Gewerkschaften in erster Linie im national-sozialen und proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt auf. Im Folgenden gehe ich auf die migrationspolitischen Strategien der Hegemonieprojekte ein.

Das *neoliberal Hegemonieprojekt* tritt für die flexible Nutzung migranter Arbeiter:innen ein. Migrationspolitik ist für dieses HP somit ein »Baustein im umfassenden Ziel einer dynamischen hochprofitablen Ökonomie« (Buckel et al. 2014: 66). Bei gesellschaftlichen Konflikten um Asyl und irreguläre Migration hielten sich die Akteur:innen allerdings bislang zurück. Um konservative Kräfte einzubinden, akzeptierten Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts eine Kombination aus Anwerbepolitiken mit Elementen der traditionellen, repressiven Migrationspolitik (vgl. Buckel et al. 2014: 68).

Das *konservative Hegemonieprojekt* hingegen betont die Gefahren, die von »zu viel Einwanderung« ausgehen. Traditionelle nationale Werte sowie auch national-soziale Privilegien seien durch »kulturelle Überfremdung« bedroht. In migrationspolitischen Fragen sind für dieses HP effektive und strikte Grenz- und Migrationskontrollen wichtig. Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen spielen gerade bei der migrationspolitischen Positionierung dieses Hegemonieprojekts eine zentrale Rolle (vgl. Buckel et al. 2014: 68ff.).

Das *linksliberal-alternative Hegemonieprojekt* stützt sich auf Werte von Transnationalität, Mobilität und kultureller Vielfalt. Die migrationspolitische Situation wurde auch schon vor 2015 als unmenschliche Abschottungspolitik kritisiert.

»Sie wollen ein starkes Asylrecht in Europa, liberale Regelungen für Wanderarbeiter_innen, die durch Arbeit in Europa zur Entwicklung ihrer Herkunfts länder beitragen [...] und eine Entwicklungsarbeit sowie eine internationale [sic!] Handels- und Wirtschaftspolitik, die die tieferen Ursachen von Armutsmigration bekämpft« (Buckel et al. 2014: 77).

Die weiteren zwei Hegemonieprojekte – das national-soziale und das proeuropäisch-soziale – haben einen Teil ihrer Basis in der Gewerkschaftsbewegung, sodass Gewerkschaften darin als Akteur:innen auftreten. Sie werden im Folgenden bezüglich ihrer migrationspolitischen Strategien diskutiert.

In Bezug auf Migrationspolitik sind die Positionen der sozialen Hegemonieprojekte »durch widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet« (ebd.: 72). Repressive europäische Migrationspolitik wird zwar abgelehnt, andererseits wird auch auf problematische Aspekte der Migration hingewiesen, wie eine Konkurrenz am Arbeitsmarkt und eine mögliche Überlastung von Sozialsystemen. Analog dazu sind auch die migrationspolitischen Visionen der Akteur:innen durch zwei Elemente gekennzeichnet: Einerseits eine offene und faire Migrationspolitik, die Flüchtlinge schützt und migrantischen Arbeiter:innen weitgehende Rechte zugesteht. Gewerkschaften setzen sich in diesem Sinne gegen die Diskriminierung von migrantischen Lohnabhängigen ein. Andererseits sind die Akteur:innen der sozialen Hegemonieprojekte Repräsentant:innen des national-sozialen Kompromisses und stützen somit »die tief verankerte Hegemonie von Grenzen« (ebd.: 73).

Seit dem Sommer der Migration spielt für das *national-soziale Hegemonieprojekt* der Bezug zum nationalen Wohlfahrtsstaat und zur nationalen Arbeitsgesetzgebung eine noch stärkere Rolle als vorher. In Deutschland steht dafür sinnbildlich die Politikerin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht. Ihre Position »sieht die Lösung arbeitsmarktpolitischer Schieflagen in einer Rückkehr zum nationalen Wohlfahrtsstaat mit staatsbürgerlichen Exklusivrechten und knüpft hierbei an den Fordismus an« (Dusse 2019: 13). Dabei werden die durch diesen Fokus bedingten Spaltungslinien – bspw. entlang von Sexismus und Rassismus – ausgespart. Migration wird somit gegen wohlfahrtsstaatliche Politik ausgespielt (vgl. ebd.). Bezuglich Migrationspolitik unterstützt dementsprechend dieses HP die »leider notwendigen strikten Kontrollen des

Zugangs zu Arbeitsmarkt und Sozialsystemen, um die Privilegien der eigenen, ›nationalen‹ Basis in der globalisierten Ökonomie zu sichern« (Buckel et al. 2014: 74).

Ich argumentiere, dass Akteur:innen des *proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts* seit dem Sommer der Migration stärker den Fokus auf die Inklusion von Menschen mit Fluchterfahrung in die Gewerkschaftsbewegung legen. Dabei wird eine transnationale, europäische Perspektive eingenommen.

Die Akteursanalyse hat einige strukturelle Spannungsfelder der Gewerkschaftsbewegung beleuchtet und diskutiert. Die vorgenommene Untersuchung der Ursachen für Spannungsfelder war notwendig, um in weiterer Folge die gewerkschaftlichen Aktionen und Positionen im Zuge des Sommers der Migration nachvollziehen zu können. Ich widme mich in diesem Kapitel noch Gewerkschaften und den ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen, die sie zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen, um anschließend zu diskutieren, wie sich die gewerkschaftlichen Machtressourcen zu denen der sozialen Hegemonieprojekte verhalten.

5.5 Gewerkschaftliche Machtressourcen

In der neueren Gewerkschaftsforschung wurden Machtressourcen der organisierten Arbeiter:innenklasse entlang von vier Dimensionen diskutiert. Die Debatte entstammt den *Labor Revitalization Studies* (LRS), die der These des Untergangs der Arbeiter:innenbewegung um die Jahrtausendwende widersprachen. Dieser damals neue Forschungszweig legte den Fokus auf die Strategiefähigkeit der Gewerkschaften.⁸ Basierend auf den Arbeiten von Erik Olin Wright (2000) und Beverly Silver (2005) hat die *Gruppe Strategic Unionism* in Jena die Machtressourcen der Gewerkschaftsbewegung aktualisiert und in den Kontext der Revitalisierung der Gewerkschaften am Beispiel Deutschlands nach der Krise 2008 gestellt (vgl. Schmalz/Dörre 2013; 2014). Die Analyse der Forschungsgruppe deutet »darauf hin, dass die Gewerkschaften ein Comeback

8 Wichtige Rezeptionen des Ansatzes sind unter anderem: Brinkmann et al. (2008): *Strategic Unionism, aus der Krise zur Erneuerung*, Wiesbaden; Gumbrell-McCormick/Hyman (2013): *Trade Unions in Western Europe: Hard Times, Hard Choices*, Oxford. Eine historische Einordnung des Ansatzes machen Fichter et al. (2018): *Die Macht organisierter Arbeitnehmer_innen, Gewerkschaften im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts*, Berlin.

erleben – im Betrieb, in den Tarifverhandlungen und im politischen Tagesgeschäft« (Schmalz/Dörre 2014: 218). Die Forschungsgruppe geht der Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften nach und fragt sich, welche Optionen ihnen bei ihrer Neuausrichtung zur Verfügung stehen. Hierbei wird Macht im weiteren Sinne als Lohnabhängigenmacht verstanden:

»Sie unterstellt ein Interesse von Arbeiter- und Angestelltengruppen, Asymmetrien in den Austauschbeziehungen von Kapital und Arbeit durch kollektive Mobilisierungen von Machtressourcen zu korrigieren« (ebd.: 221).

Somit bezieht sich der Machtbegriff nicht allein auf die Industriearbeiter:innenschaft, sondern umfasst ebenso Angestellte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose. Außerdem gehen sie von einer Pluralität an Arbeiter:innenbewegungen aus, die auf verschiedene Quellen und Kombinationen von sozialer Macht zurückgreifen (vgl. Schmalz/Dörre 2013: 17ff.).

Allerdings betont die Forschungsgruppe, dass die identifizierten Machtressourcen keinesfalls gewerkschaftliches Handeln determinieren. Als strategische Akteur:innen müssten sich Gewerkschaften überhaupt erst die Machtressourcen erschließen und erproben (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 221). Dabei ist Arbeiter:innenmacht an sich vielfältig und kann sich als ökonomische, politische oder ideologische Macht entfalten.

Es werden vier Machtressourcen der organisierten Arbeiter:innenklasse unterschieden: *die Organisationsmacht (1), die strukturelle Macht (2), die institutionelle Macht (3) und die gesellschaftliche Macht (4)*. Im Folgenden werden die Grundannahmen der Machtressourcen kurz skizziert. Die Machtressourcen, die für diese Arbeit relevant sind, werden detaillierter ausgeführt.

- 1) Unter *Organisationsmacht* werden die verschiedenen Machtformen, die aus der Bildung kollektiver Arbeiterorganisationen entstehen, verstanden. Darunter fallen Gewerkschaften und auch politische Parteien. Die Organisationsmacht wird als diejenige Machtressource identifiziert, die am stärksten direkt von den Gewerkschaften selbst beeinflusst werden kann (vgl. Lehndorff et al. 2018: 10). Für diese Arbeit von Relevanz ist eine Unterkategorie der Organisationsmacht: die *innere Kohäsion*. Dies beinhaltet die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder untereinander und die damit verbundene Etablierung einer Kollektividentität. Diese muss erst durch Organisationshandeln hergestellt bzw. aktualisiert werden (vgl. Schmalz/Dörre 2014; Strategic Unionism 2013: 351ff.).

- 2) Als *strukturelle Macht* wird die Stellung im ökonomischen System bezeichnet. Dabei wird zwischen *Marktmacht* und *Produktionsmacht* unterschieden. Diese Machtressource steht Arbeiter:innen und Angestellten auch ohne kollektive Vertretung zur Verfügung. Sie beruht darauf, die Kapitalverwertung zu unterbrechen und einzuschränken. Die *Produktionsmacht*⁹ meint die strategische Stellung einer Arbeiter:innengruppe innerhalb des Produktionsprozesses. Die *Marktmacht*¹⁰ kann den Besitz einer seltenen Qualifikation bedeuten, eine geringe Arbeitslosigkeit oder die Fähigkeit,

-
- 9 Durch örtlich begrenzte Arbeitsniederlegungen kann der Produktionsprozess gestört werden, und das in einem größeren Umfang, wenn es sich um Industrien mit hoher Arbeitsproduktivität, einem hochintegrierten Produktionsprozess oder in wichtigen Exportbranchen handelt (vgl. Silver 2005: 30). Diese Macht kann durch Arbeitsniederlegungen, Streiks, Besetzungen oder auch Sabotage und Bummelei mobilisiert werden. Sie kann dezentral und spontan ausgeübt werden. Allerdings ist die Produktionsmacht stark umkämpft, und die Kapitalseite versucht durch Standortverlagerungen, Veränderungen in der Produktionsorganisation oder Rationalisierungsmaßnahmen die Machtressource einzuschränken. Produktionsmacht kann allerdings nicht als alleinig im Produktionsprozess angesiedelt gesehen werden, auch Schlüsselpositionen im Zirkulationsprozess des Kapitals fallen in diese Kategorie. So verfügen bestimmte Lohnabhängige über eine *Zirkulationsmacht*, wie bspw. Transportarbeiter:innen, die die Zirkulation des Kapitals oder der Arbeitskräfte stören oder unterbrechen können. Zusätzlich besitzen Beschäftigte eine *Reproduktionsmacht*, die in der Care- oder Erziehungsarbeit tätig sind und somit die Lohnarbeit anderer stören oder unterbrechen können, wenn sie ihre Arbeit einstellen (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 223).
- 10 Sie ist von der Struktur des Arbeitsmarkts und dessen Segmentierung in Stammbelegschaften, prekär Beschäftigte, Arbeitslose und andere Gruppen abhängig. Die Ausübung dieser Machtressource erfolgt »subtiler« und kann bspw. einen Arbeitsplatzwechsel beinhalten. Die Kapitalseite zahlt höhere Löhne, um genau das zu verhindern. Staatliche Interventionen und Regulierungen können Grenzziehungen etablieren, die die Marktmacht untergraben, wie bspw. durch Einwanderungspolitik und Grenzen am Arbeitsmarkt. Das schafft Hierarchisierungen der Lohnabhängigen, die »die Gefahr einer Entsolidarisierung« (Schmalz/Dörre 2014: 223) enthalten. Der »Niedergang der deutschen Gewerkschaften« sei auch mit einer Untergrabung der Marktmacht der Lohnabhängigen einhergegangen. Die Massenarbeitslosigkeit zusammen mit einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre übte Druck auf Beschäftigte aus, niedrigere Löhne zu akzeptieren. Schmalz und Dörre argumentieren, dass aktuell das Schrumpfen der Marktmacht gestoppt wurde und es Anzeichen einer Stabilisierung dieser Machtressource für die Arbeiter:innenschaft in Deutschland gibt. So gibt es in einigen Sektoren Engpässe zur Rekrutierung von Fachkräften und zusätzlich staatliche Interventionen wie den Mindestlohn, die der Spaltung der Lohnabhängigen entgegenwirken (vgl. ebd.).

- sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen (beispielsweise durch Möglichkeiten der Subsistenzwirtschaft) (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 223).
- 3) Die *institutionelle Macht* ist die dritte Machtressource der Arbeiter:innen-schaft. Die Institutionen, die das Resultat von vergangenen Kämpfen sind, sind oft ein Zugeständnis oder ein Korporationsversuch von der Kapital-seite an die Gewerkschaften.¹¹ Gewerkschaften müssen bei der institutio-nellen Macht zwischen institutioneller Interessensvertretung und Bewe-gungsorientierung vermitteln – ein Spannungsbogen, der Herausforde-rungen mit sich bringt, denn eine zu starke Neigung in die eine oder an-dere Richtung führt zu Repräsentationslücken oder Einflussverlust in der Tagespolitik (vgl. ebd.: 227).
 - 4) Als *gesellschaftliche Macht* wird die vierte Quelle von Arbeiter:innenmacht bezeichnet. Auf diese Machtressource wird in größerem Umfang einge-gangen, da sie für die Verortung von Gewerkschaften in Hegemoniepro-

¹¹ Dabei ist in der institutionellen Macht ein Doppelcharakter angelegt: Sie gewährt Gewerkschaften weitgehende Rechte, schränkt ihre Handlungsfähigkeit allerdings gleichzeitig ein (Schmalz/Dörre 2014: 227). Die institutionelle Macht ist das Ergebnis der Verdichtung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in einem gege-benen historischen Moment. »In den nationalen Systemen der Arbeitsbeziehungen hallt das Echo längst vergangener Kämpfe und Übereinkünfte wider: die institutionelle Zweiteilung von Lohnabhängigenmacht durch die duale Interessensrepräsentation in Deutschland stammt etwa aus dem Klassenkompromiss der Nachkriegszeit, während in den großen Streikbewegungen im heutigen Frankreich immer noch die historische Zentralität staatlicher Regulierung nachklingt« (ebd.: 228). Die Institutionalisierung von Klassenkonflikten bedarf einer rechtlichen Verankerung. Als Machtressource ist sie auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: im politischen System, in den Tarifver-handlungen und auf der Betriebsebene. Ein wesentliches Merkmal der institutionel-len Macht ist ihre zeitliche Beständigkeit. Sie ist in der Regel sehr stabil und überdauert kurzfristige politische Veränderungen. Allerdings sind nicht alle institutionellen Machtressourcen beständig, und es gibt drei Möglichkeiten, diese Machtressourcen zu schwächen: Erstens können die ökonomischen Rahmenbedingungen die Produktions-macht der Arbeiter:innen untergraben und somit Verhandlungen auf Betriebsebe-ne in eine defensive Rolle drängen. Das bringt Arbeiter:innenvertreter:innen in eine Position, in der sie defensiv über Stellenabbau und Kürzungen verhandeln müssen. Zweitens ist die Haltung der Kapitalsseite relevant. Mit schwindender Organisations-macht der Gewerkschaften können die Verhandlungsinstitutionen als bloße Rituale, ohne tatsächliche Durchsetzungsmacht, weiterexistieren. Drittens kann die institutio-nelle Macht auch durch rechtliche Veränderungen untergraben werden. Ein Beispiel ist der Thatcherismus, der das Arbeitsrecht soweit verändert hat, dass dadurch das Streik-recht eingeschränkt wurde (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 299).

jetten am relevantesten ist. Diese Ressource bedeutet, hegemoniefähig zu werden. Es kann dabei zwischen der *Kooperationsmacht* und der *Diskursmacht* unterschieden werden. Kooperationsmacht bedeutet dabei die Fähigkeit, Netzwerke mit anderen gesellschaftlichen Akteur:innen zu bilden und diese für Kampagnen und Mobilisierungen aktivieren zu können. Die *Diskursmacht* ist ein weiterer Ausdruck gesellschaftlicher Macht und bedeutet die Fähigkeit, zu gewerkschaftlich relevanten Themen die Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit zu übernehmen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass gewerkschaftliche Anliegen in der Öffentlichkeit als gerecht empfunden werden. So kann es den Gewerkschaften gelingen, öffentlichen Druck aufzubauen. Allerdings ist die Diskursmacht nur dann wirksam, »wenn sie sich an herrschenden Moralvorstellungen abarbeitet« (Schmalz/Dörre 2013: 231). Sie muss daher an den Alltagsverständ ansließen und sich mit hegemonialen Vorstellungen auseinandersetzen.

Gewerkschaften verfügen auch über *narrative Ressourcen* (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 231), also im gesellschaftlichen Bewusstsein verwurzelte Normen, auf die sie zurückgreifen können. Somit können Gewerkschaften auf vergangene politische Projekte verweisen, in denen sie eine Führungsrolle eingenommen haben und historische Momente auffrischen, in denen sie Teil eines hegemonialen Projekts waren. Aus diesem Grund ist das »goldene Zeitalter« des Fordismus ein wichtiger Bezugspunkt der europäischen Gewerkschaftsbewegung (vgl. ebd.).

Für ein effektives Nutzen der Diskursmacht ist außerdem eine *Problemlösungskompetenz* wichtig, um die eigenen narrativen Ressourcen überhaupt einsetzen zu können, denn der Rekurs auf vergangene Erfolge erscheint nur dann als glaubwürdig. Damit hängt zusammen, dass Gewerkschaften entweder als Bündnispartner oder als Widersacher in einem gesellschaftlichen Konflikt ernst genommen werden. Bei der Diskursmacht geht es außerdem darum, »Deutungsmuster für brennende Probleme anzubieten« (ebd.: 232). Das bedeutet, als organische Intellektuelle nicht nur für die organisierte Arbeiter:innenschaft zu wirken, sondern auch darüber hinaus, innerhalb eines Hegemonieprojekts, Diskurse durchzusetzen.

»Gelingt es den Gewerkschaften nicht, neue Deutungsmuster zu erzeugen und politisch wirksam zu machen, bröckeln rasch die Grundlagen ihrer Kooperations- und Diskursmacht und damit die Möglichkeiten, sie im Kampf um Hegemonie einzusetzen« (ebd.).

Schlussendlich müssen die Verhältnisse der verschiedenen Machtressourcen zueinander und untereinander analysiert und diskutiert werden. Denn die Machtressourcen beziehen sich nicht additiv zueinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Der vorgestellte Ansatz macht auch deutlich, dass umfangreiche Machtressourcen allein nicht für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Praxis ausreichen. Es kommt vor allem auf das strategische Handlungsvermögen der Akteur:innen an (vgl. Strategic Unionism 2013: 346).

Die vorgestellten gewerkschaftlichen Machtressourcen beschäftigen sich mit Ressourcen, die Gewerkschaften als Organisationen aktivieren können. Die Machtressourcen der Hegemonieprojekte hingegen deuten auf die Machtressourcen *diverser* Akteur:innen innerhalb eines Hegemonieprojekts hin, auf die sie zurückgreifen können. Im folgenden Unterkapitel werden die beiden Machtressourcenansätze miteinander verbunden.

5.5.1 Machtressourcen der Hegemonieprojekte und Gewerkschaften

In diesem Unterkapitel werden die Machtressourcen der Hegemonieprojekte mit den Machtressourcen der Gewerkschaften zusammengeführt.

Akteur:innen nehmen Rekurs auf die ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen, um sich im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis durchzusetzen. Gewerkschaften greifen als Akteurinnen in Hegemonieprojekten auf die ihnen spezifisch zur Verfügung stehenden Machtressourcen zu, um sich einerseits innerhalb eines Hegemonieprojekts durchzusetzen und um andererseits ein jeweiliges politisches Projekt, im Rahmen eines Hegemonieprojekts, in Stellung zu bringen.

Gewerkschaften können *organisatorische Ressourcen* innerhalb eines Hegemonieprojekts zur Verfügung stellen. Ihre Organisationsmacht beinhaltet Infrastrukturressourcen und eine Organisationseffizienz, die in einem Bündnis mit anderen zur Verwendung kommen kann. Allerdings beinhaltet das auch eine Kooperationsmacht von Seiten der Gewerkschaften, um die eigenen Ressourcen auch anderen, »externen« Akteur:innen zur Verfügung zu stellen. Klarerweise ist das gerade bezüglich der *inneren Kohäsion* einfacher, wenn Gewerkschaften innerhalb eines Hegemonieprojekts die Führung übernommen haben. Gewerkschaften verfügen durch ihre Streikfähigkeit über eine wesentliche *systemische Machtressource*. Je nach Gewerkschaft verfügen die von ihnen organisierten Arbeiter:innen über Produktions-, Zirkulations-, Reproduktions- oder Marktmacht.

Gerade durch Grenzziehungen, die über staatliche Migrationspolitiken innerhalb der Arbeiter:innenschaft Hierarchien schaffen, können gewerkschaftliche Machtressourcen untergraben werden. Diese Hierarchien können durch verschiedene Zugänge zum Arbeitsmarkt oder unterschiedliche, auch daran geknüpfte Aufenthaltsbedingungen gezogen werden. *Diskursive, ideologische und symbolische Ressourcen* sind bei Gewerkschaften stark in der *gesellschaftlichen Macht* angesiedelt. Durch *narrative Ressourcen* können Gerechtigkeitserzählungen von Seiten der Gewerkschaften aktiviert werden, die ein hohes symbolisches Kapital besitzen. Zusammen mit einer Problemlösungskompetenz können so Gewerkschaften innerhalb eines Hegemonieprojekts, wie auch bei einem politischen Projekt, ihre Diskursmacht einsetzen. *Institutionelle und strategisch-strukturelle Selektivitäten* können von Seiten der Gewerkschaftsbewegungen durch die *institutionelle Machtressource* bedient werden.

Als »materielle Verdichtung früherer Konfigurationen gesellschaftlicher Machtverhältnisse, Strategien und Kämpfe« (Buckel et al. 2014: 50) können Gewerkschaften auf ihre *institutionelle Macht* zugreifen. Die vielfache rechtliche Verankerung von Arbeiter:innenrechten, als Ausgang vergangener Kämpfe, kann somit als Ressource in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung eingesetzt werden. Als eine Machtform, die eine wichtige zeitliche Dimension hat und somit auch Phasen überdauert, in denen die organisierte Arbeiter:innenbewegung krisenhaft ist, kann diese Ressource in einem Hegemonieprojekt eine zentrale Stellung einnehmen.

Der Blick auf die von der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« identifizierten Machtressourcen von Hegemonieprojekten und deren Akteur:innen ermöglicht eine gesamtgesellschaftliche Sicht auf Auseinandersetzungen, in denen Gewerkschaften als Akteurinnen auftreten. Während die Machtressourcen des Arbeitskreises Strategic Unionism eine Innenansicht gewerkschaftlicher Funktionslogiken ermöglichen, betonen die vier Machtressourcen der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« gewerkschaftliches Handlungsvermögen gesamtgesellschaftlich ein. Beide ergänzen sich daher im Kontext dieser Arbeit.

In den sozialen Hegemonieprojekten sind Gewerkschaften zentrale, oft führende Akteurinnen, und das, obwohl sie gerade bei migrationspolitischen Fragen Spaltungslinien aufweisen. Buckel et al. weisen darauf hin, dass »die Ressourcen beider Projekte [der sozialen Hegemonieprojekte] seit der Krise des Fordismus durch die Schwächung der organisierten Arbeiter_innenschaft gekennzeichnet [sind]« (Buckel et al. 2014: 75). So seien Mitgliederzahlen,

finanzielle Mittel und die gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben rückläufig. Auch die Prekarisierung, so die Autor:innen, schwäche die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit. Außerdem seien Gewerkschaf-ten aufgrund einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit strukturell dazu gezwungen, auf nationaler Ebene zu agieren (vgl. Buckel et al. 2014: 75).

Dieser Analyse widerspricht der Arbeitskreis Strategic Unionism. Er argu-mentiert, dass es Gewerkschaften in der BRD gelang, seit der Krise 2008ff. ihre Machtressourcen auf den vier Ebenen (Organisationsmacht, strukturelle Macht, institutionelle Macht und gesellschaftliche Macht) auszubauen, und dass daher von einem »Comeback der Gewerkschaften« gesprochen werden kann (ausführlicher siehe Kontextanalyse dieser Arbeit). Für die beiden sozia- len Hegemonieprojekte ist das bedeutend, denn sie sind somit konfliktfähiger als ursprünglich von der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« gedacht. Das wird sich bei der Prozessanalyse, am Beispiel der gewerkschaftlichen Or-ganisierung von Amazon-Arbeiter:innen, zeigen. Die Prozessanalyse zeigt al-lerdings auch, dass die beiden sozialen Hegemonieprojekte im Zuge des Som-mers der Migration und der anschließenden Rekonfiguration des Migrations-regimes von Spaltungen durchzogen waren und es nicht geschafft haben, ein politisches Projekt in Stellung zu bringen.

5.6 Fazit Akteursanalyse

Herrschaftsverhältnisse sind multidimensional und umfassen verschiedene, sich gegenseitig bedingende Unterdrückungsmechanismen.¹² In diesem Ka-pitel wurde den Dynamiken und Spannungen nachgegangen, die innerhalb von Gewerkschaften präsent sind. Diese hängen einerseits mit der Instituti-on Gewerkschaft selbst zusammen. Andererseits befinden sie sich im Kontext gesamtgesellschaftlicher Konflikte und sind daher auch Teil von Hegemonie-projekten und deren Dynamiken.

12 Bei der Analyse von Gewerkschaften und der Arbeiter:innenklasse waren in der mar-xistischen Tradition oft klassistische Engführungen präsent. Durch das Ausführen von Herrschaftsverhältnissen, die auf der Nation und auf Rassismus beruhen, habe ich ver-sucht, diese Engführung zu vermeiden. Ich bin mir bewusst, dass ich trotzdem andere Herrschaftsverhältnisse, besonders Geschlechterverhältnisse, dabei nicht in den Fokus gerückt habe. Auch wenn sie bei meinen empirischen Analysen vorkommen, stellen sie keinen eigenen Punkt dar. Dies wäre ein spannendes Forschungsunterfangen für wei-tere Arbeiten.

Gewerkschaften als intermediäre Organisationen sind strukturell widersprüchlich. Je nach Kräfteverhältnis werden die Widersprüche unterschiedlich bearbeitet. Sie vermitteln zwischen Arbeiter:innenklasse und Staat sowie zwischen Gesellschaft und Nation und zuletzt zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiter:innenklasse selbst. Die kleinen Intellektuellen spielen dabei eine wesentliche Rolle und sind zentrale Akteur:innen bei der Konstitution der Arbeiter:innenklasse. Hierbei gibt es ein Ringen darum, wer als »respectable working class« gilt und wer davon ausgeschlossen wird. Allerdings befinden sich Gewerkschaften in einer gesamtgesellschaftlichen Dynamik. Dies wurde durch ihre Verortung in den Hegemonieprojekten aufgezeigt.

Gewerkschaften sind Akteurinnen der sozialen Hegemonieprojekte und können dabei in zweifacher, sich überschneidender Weise auf Machtresourcen zurückgreifen. Einerseits verfügen Gewerkschaften an sich über vielfältige Arten und Weisen, ihrer Macht im Ringen um Hegemonie (innerhalb eines Hegemonieprojekts oder auch im Rahmen von gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen) Geltung zu verschaffen. Als Teil der sozialen Hegemonieprojekte können Gewerkschaften auf ihre Ressourcen im Bündnis mit anderen Akteur:innen zurückgreifen und auch die Ressourcen anderer Akteur:innen mitnutzen. Die strukturelle Ausgrenzung von nicht kompatiblen Gruppen ergibt sich unter anderem aus den strategischen Selektivitäten der Staatsapparate (vgl. Jessop 2002: 40), die gerade bei Bündnissen mit Teilen anderer Hegemonieprojekte zum Tragen kommen. Allerdings ist dafür das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis wiederum entscheidend, denn der Staat und seine Apparate sind das Ergebnis der »materielle[n] Verdichtung von Kräfteverhältnissen« (Poulantzas 2002: 159).

Gewerkschaften und deren Politiken sind also das Ergebnis von Kämpfen und Kräfteverhältnissen – internen sowie auch gesamtgesellschaftlichen. Ich habe die »interne« und die »externe« Ebene aus analytischen Gründen unterschieden. Bei der Betrachtung des Sommers der Migration wird allerdings deutlich, dass auch diese beiden Ebenen intrinsisch miteinander verwoben sind und sich gegenseitig stark bedingen.

